

Presseinformation

Aktuelle kreditwirtschaftliche Themen

Bei der Jahrespressekonferenz des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) in Frankfurt am Main ging der Geschäftsführende Präsident des Verbandes, Stefan G. Reuß, auch auf aktuelle kreditwirtschaftliche Themen ein.

Besorgt zeigte er sich über die schwache Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die aufgrund schwieriger Rahmenbedingungen und vielfältiger Unsicherheiten an einem Stimmungstiefpunkt angelangt sei. „Das erinnert an den Höhepunkt der Corona-Pandemie, als niemand wusste, wie es weiter geht. Wer in einem solchen Tief ist, der investiert und konsumiert nicht, sondern wartet auf bessere Zeiten, die dann aber nicht kommen, weil der Konjunkturmotor eben nicht von alleine anspringt. Das wird dann irgendwann zur Prophezeiung, die sich selbst erfüllt“, warnte Reuß.

Perspektivwechsel kann aus dem Stimmungsloch helfen

Nach einer aktuellen Umfrage bezeichneten deutsche Firmenchefs insbesondere die wirtschaftliche Lage im eigenen Land als düster. Der Blick von außen falle dagegen interessanterweise ganz anders aus: Internationale Manager hielten Deutschland nach wie vor für einen herausragenden Standort und einen der attraktivsten Märkte. Das liege nicht nur an der Rechtssicherheit und der noch immer hohen sozialen Balance hierzulande. Als weitere große Vorteile würden auch die starken Forschungsnetze aus Wirtschaft und Universitäten sowie das große Know-how der Belegschaft genannt. Auch mit den Produkten „Made in Germany“ sei wegen ihrer hohen Qualität, Zuverlässigkeit und Innovation grundsätzlich immer noch ein exzellenter Ruf in der Welt verbunden. „Das zeigt, dass wir weiterhin großes Potenzial haben. Zurzeit scheinen aber viele von uns diese Leuchttürme im dichten Nebel aus Resignation und Larmoyanz nicht mehr zu sehen. Aus diesem Dunst müssen wir

Deutsche Wirtschaft im
Stimmungstief

Wirtschaftsstandort
Deutschland genießt bei
ausländischen Managern
immer noch sehr guten
Ruf

Presseinformation

herauskommen. Wir brauchen wieder eine Aufbruchstimmung“, forderte Reuß.

Bei konsensfähigen Reformfeldern ansetzen

Diese Aufbruchstimmung lasse sich natürlich nicht verordnen. „Aber vielleicht lässt sich ja bei Feldern wie dem Bürokratieabbau oder dem dringenden Investitionsbedarf in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur ansetzen. Bei diesen Punkten herrscht in der breiten Bevölkerung und der politischen Mitte Konsens, dass sich hier dringend etwas ändern und verbessern muss. Diese Felder sind also anschlussfähig und sollten deshalb jetzt gerade auch von der Politik entsprechend zügig angegangen und umgesetzt werden“, betonte Reuß.

Das Ziel des Bürokratieabbaus sei ein Dauerbrenner. Gerade erst habe die Europäische Kommission das Ziel verkündet, insbesondere die Berichtspflichten für Unternehmen um bis zu 35 % zu entschlacken. Im Fokus stünden dabei die Lieferkettenrichtlinie, die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD und die Taxonomie. „Die Sparkassen stehen weiter zum Ziel der Klimaneutralität und sind auch bereit, diesen Umbau mitzugestalten und mitzufinanzieren. In der Praxis dominieren aber beim Thema Nachhaltigkeit noch viel zu oft die Bürokratie, das Klein-Klein des Dokumentierens und Berichtens, das Melden von Zahlen und der Vollzug der Vorgaben. Mit solch einem Verwaltungsansatz werden wir die Mammutaufgabe des Kampfs gegen den Klimawandel sicherlich nicht gewinnen“, zeigte sich Reuß überzeugt.

Bürokratieabbau als
thematischer
Dauerbrenner

Nachhaltigkeitsformalismus bedroht das eigentliche Ziel

Der Nachhaltigkeitsformalismus treibe inzwischen so viele Blüten, dass er das eigentliche Ziel zu beschädigen drohe. Viele Firmen kritisierten, dass die Berichtspflichten enorm viel Zeit und finanzielle Mittel bänden, die dann für echte Nachhaltigkeitsmaßnahmen fehlten. Diese Kritik

Presseinformation

komme häufig sogar von Unternehmen, die eine Nachhaltigkeitsstrategie verfolgten und das Thema grundsätzlich positiv bewerteten.

Bisheriges Mikromanagement durch Globalsteuerung ersetzen

„Wir brauchen deshalb einen Schwerpunktwechsel von der bisherigen bürokratischen Vorgehensweise hin zu einem viel pragmatischeren und umsetzungsorientierten Ansatz. Wir müssen vom bisherigen Mikromanagement zu einer Globalsteuerung kommen und viel stärker vom Ziel her denken, das erreicht werden soll. Dann wird gemacht und auf die Ergebnisse geschaut, die erreicht wurden und es wird gegebenenfalls nachgesteuert. Dadurch kommt man ins Tun und verliert nicht unnötig Zeit mit bürokratischen Fragestellungen“, betonte Reuß.

Pragmatischer Ansatz
gefragt

Der Brüsseler Schwenk in Richtung Bürokratieabbau sei deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Er müsse jetzt aber auch mit aller Konsequenz durchgesetzt werden. „Allein im kreditwirtschaftlichen Bereich sind laut dem Verband Öffentlicher Banken 2024 wieder über 400 neue Rechtsvorschriften auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Kraft getreten. In der Praxis ist Bürokratie also in erster Linie eine Erweiterungs- und Wachstumsmaschine. Ob sie auch Abbau kann, muss sich erst noch weisen“, gab Reuß zu bedenken.

Kann Bürokratie auch
Abbau?

Investitionen und Schuldenbremse

Auch die in weiten Teilen der Bevölkerung und Politik konsensfähigen dringenden Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur müssten jetzt konsequent angegangen und umgesetzt werden. „Die neue Bundesregierung sollte sich jetzt schnell finden und auf eine überzeugende Reformagenda einigen, die es dann entschlossen und zügig abzarbeiten gilt. Spätestens die Sicherheitskonferenz in München hat uns gerade in aller Deutlichkeit gezeigt, dass wir jetzt bei der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik tatsächlich mitten in der

Zeitenwende in
Sicherheitspolitik ist da

Presseinformation

Zeitenwende angekommen sind. Diese Zeitenwende wird insbesondere auch Deutschland bei den Investitionen und Verteidigungsausgaben deutlich mehr als bisher abverlangen“, betonte Reuß. In diesem ganzen Kontext stelle sich natürlich vor allem auch die Frage nach der Finanzierung und damit auch dem künftigen Umgang mit der Schuldenbremse.

Die Schuldenbremse habe die fiskalische Disziplin in Deutschland zweifellos gestärkt. Die Staatsverschuldung bezogen auf das BIP sei in den vergangenen Jahren auf gut 60 % gesunken. Dieser Entschuldungsprozess sei allerdings mit einem massiven Verzicht auf staatliche Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung erkaufte worden. „Die Schattenseiten sind heute allerorten zu besichtigen. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Unternehmer empfinden Deutschland inzwischen als ein Land, in dem nicht mehr viel funktioniert und vieles verfällt. Das sorgt für Verdrossenheit und Frustration“, warnte Reuß.

Wirtschaftsstandort stärken: Staat muss verschleppte Investitionen nachholen

Der Staat müsse diese verschleppten Investitionen jetzt nachholen. Von einer verbesserten und leistungsfähigeren Infrastruktur werde nicht nur die ältere, sondern vor allem auch die jüngere Generation profitieren. Eine intakte Infrastruktur sei zudem eine Grundvoraussetzung für verstärkte Investitionen seitens der Unternehmen, bei denen es ebenfalls erheblichen Nachholbedarf gebe. „Wenn der Staat zeigt, dass er wieder mehr investive Verantwortung übernimmt, dann wird auch in der Wirtschaft wieder mehr Dynamik entstehen. Bund und Länder sind deshalb gefordert, ihre Schuldenbremsen für investive Zwecke zu reformieren“, forderte Reuß.

Frage der Finanzierung

Entschuldungsprozess wurde durch massiven Verzicht auf staatliche Investitionen in Infrastruktur erkaufte

Staat kann Multiplikatoreffekte auslösen

Presseinformation

Sparkassen-Finanzgruppe noch als gefesselter Riese

Was die Finanzierung der dringend erforderlichen realwirtschaftlichen Investitionen anbelange, werde sich die Sparkassen-Finanzgruppe daran gerne maßgeblich beteiligen. „Zurzeit sind wir aber noch ein bisschen wie ein gefesselter Riese. Wir können hier unser Potenzial nicht richtig ausschöpfen, weil die deutsche Wirtschaft stagniert und zu wenig investiert wird. Das muss sich ändern und dann wird auch unsere Sparkassen-Finanzgruppe noch mehr zeigen können, was in ihr steckt. Wir können dann über den Hebel der Finanzierung einen noch größeren Beitrag für Wachstum und Wohlstand leisten. Das werden wir auch gerne tun“, kündigte Reuß an.

Sparkassen-Finanzgruppe
kann zurzeit ihr Potenzial
nicht richtig ausschöpfen

Frankfurt am Main / Erfurt, 5. März 2025
Abteilung Information und Kommunikation
Jörg Klinge
Tel.: 069/2175-152
E-Mail: joerg.klinge@sgvht.de
www.sfg-ht.de